

aus der Debatte genommen. Prozedurale Fakten, wie etwa die neue rot-grüne Bundesratsmehrheit, sind mehr noch für die Psychologie als für den Inhalt des Wahlkampfes wichtig, weil sich auf diese Weise ja immerhin unbestreitbar zeigt, dass Schwarz-Gelb so oder so auch künftig nichts bewegen wird. Offen bleibt dabei, für wie viele Wählerinnen und Wähler das ein Argument ist.

Wie ernst überhaupt Programme und ihre Durchsetzung zu nehmen sind, ist das große Thema hinter der Clownfrage. Die Antwort fällt umso prekärer aus, je offensiver die politische Öffentlichkeit von Klick-, Quoten- und Unterhaltungsmaßstäben bestimmt wird. Deshalb ist das scheinbar so professionelle Argument, mehr Raab oder noch mehr Umfragen-Dramaturgie könnten mehr Volk für Politik interessieren, letztlich fatal.

Noch einmal: Diese beiden Beispiele sind Kleinkram, und es gibt jeweils sehr wohl Gegenargumente. Die Einschaltquote der Jüngeren ist keinesfalls egal und die Last-Minute-Umfragen gibt es anderswo

auch dann, wenn einige sie verweigern. Aber so, wie sich der Journalismus rückentwickelt hat, war es doch schon vor den letzten Bundestagswahlen so, dass die Performance beim Kanzlerduell Merkel/Steinmeier oder der Trend der »letzten« Umfragen und die daraus sich ergebenden Koalitions(un)möglichkeiten weit mehr Medienaufmerksamkeit hatten als jede inhaltliche Auseinandersetzung.

Meta-Berichterstattung, das bedeutet Berichterstattung über die Berichterstattung und ihre Wirkung, ist an die Stelle der Berichterstattung getreten. Manchmal scheint es schon jetzt, als rückten die realen politischen Themen dank allseitiger Inszenierungskunst ausgerechnet in der Schlussphase von Wahlkämpfen sogar noch weiter weg, bis in einen toten Winkel der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die Alternative: Ernsthaftigkeit und Mut zum Inhalt. Immer weiteres Öffnen für den publizistischen Jahrmarkt mag Aufmerksamkeit einkaufen, hilft aber mit, den neuerdings Clowns genannten Populisten die Türen zu öffnen. ■

Christian Demuth

Es bleibt spannend – Die Wahl 2013 ist anders als 2009

Merkel will die Geschichte einer »bürgerlichen Moderne« zwar weiter erzählen, stößt aber mittlerweile überall an Grenzen. Unser Autor skizziert, warum die kommende Bundestagswahl nicht mit der von 2009 zu vergleichen ist, und markiert die Dilemmata der Kanzlerin.

Christian Demuth

(* 1971) ist Politikwissenschaftler und zur Zeit Referent im sächsischen Landtag sowie externer Berater für Konkurrenzbeobachtung für den SPD-Parteivorstand.

christian.demuth@spd.de



■ Ist der Wahlkampf bereits vorbei, bevor er begonnen hat? Erwartet uns eine Wiederholung des Schlafwagen-Wahlkampfes von 2009, als Angela Merkel jede Polarisierung vermied, um die Anhänger der SPD davon abzuhalten, zur Wahl zu gehen, und in dem sich eine mit Teflon bewehrte sowie äußerst beliebte präsidiale Kanzlerin

als scheinbar unangreifbar gegenüber dem sozialdemokratischen Spitzenkandidaten erwies, der seinerseits verzweifelt nach Angriffspunkten suchte? Nicht zuletzt die Bewegung beim Thema Mindestlohn oder bei der Energiewende haben solchen Interpretationen Nahrung gegeben. Viele Kommentatoren und etliche in der CDU scheinen der Ansicht zu sein, die Wahlen seien angesichts eines angeschlagenen Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück faktisch schon entschieden.

Die Klügeren in der CDU und den Medien sind deutlich vorsichtiger. Nicht nur, weil sie wissen, dass sich der Wähler immer später entscheidet und zudem unvorhersehbare Ereignisse einen Wahlkampf drehen können, sei es ein Atomunfall oder eine Oder-Flut.

Es zeigen sich im Wahljahr 2013 erhebliche Unterschiede zu 2009: Konnte die FDP 2009 noch einen populistischen Steuersenkungswahlkampf führen, ist heute die kulturelle Hegemonie des Markt- und radikalen in Deutschland gebrochen, auch wenn er im Alltag noch wirkt und von den Deutschen auf europäischer Ebene als Politik gegenüber den südeuropäischen Krisenstaaten auch noch Zuspruch erhält.

Die Mehrheit der Deutschen hat Angst vor einer sich verschärfenden sozialen Spaltung und ist wütend über eine Politik, welche Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert. Fordert man heute Steuererhöhungen, gilt man nicht mehr als Linksradikaler, wenn selbst konservative Journalisten wie Frank Schirrmacher scharf mit dem marktradikalen Weltbild abrechnen. Merkel kann zwar versuchen, die Polarisierungsfläche durch vermeintliche Schwenks, wie beim Mindestlohn zu verkleinern – ganz gelingen wird ihr das jedoch nicht.

Umso mehr, weil sie – und das ist der zweite Unterschied zu 2009 – diesmal nicht aus einer Großen Koalition heraus einfach über Politik schweigen kann. Sie steckt in einem Dilemma: Sie muss einer-

seits die Koalition als »beste Bundesregierung seit der Wiedervereinigung« feiern, andererseits weiß jeder, dass Merkel mit der FDP Forderungen nicht so umsetzen kann, dass SPD-Wähler vollständig demobilisiert werden. Sollte es unter Schwarz-Gelb doch eine Einigung beim Mindestlohn geben, indem eine Lohnuntergrenze dort eingezogen wird, wo keine Tarifgemeinschaften bestehen, dann wird jeder merken, dass trotzdem viele Menschen für einen Lohn arbeiten müssen, von dem sie nicht leben können.

Merkel profitiert bislang allein noch davon, dass die rot-grüne Regierungszeit immer noch stark auf der SPD lastet, wenn auch mit abnehmender Tendenz, und nicht zuletzt dem Spitzenkandidaten Misstrauen im linken Lager entgegengebracht wird – unterstützt z.B. durch die Linkspartei (und den CDU-Generalsekretär), welche die Wähler immer wieder an die Agenda 2010 erinnern wird.

Doch selbst unter diesen Rahmenbedingungen hat Merkel ein drittes Problem: Sie regiert nun schon acht Jahre – und es gibt immer noch keinen Mindestlohn und keine Finanztransaktionssteuer. Die Umfragen zeigen, dass die Mehrheit die positive wirtschaftliche Lage in Deutschland nicht der katastrophalen schwarz-gelben Regierung, sondern den Arbeitsmarktformen von Rot-Grün zuschreibt. Die Energiewende droht zu scheitern. Eine echte Reform des EEG wird wohl unter Schwarz-Gelb nicht mehr zustande kommen.

Merkel hat bei den Themen Rente und steigende Mieten nichts Substanzielles geleistet. Bislang helfen ihr noch ihre positiven Zuschreibungen in der Europa-Politik: Weil die Wähler die Komplexität der Europa-Politik nicht durchschauen, vertrauen sie der Kanzlerin, dass diese Deutschland durch die Krise führen möge.

Doch auch hier droht Ungemach: Merkel hat sich scheinbar in Brüssel Zeit erkaufte, indem sie sich für alle Schandtaten,

wie einem Schuldenschnitt für Griechenland und einer Vertiefung der politischen Union, bereit erklärte, es dürfe vor der Bundestagswahl 2013 nicht darüber gesprochen werden. Sollte sich aber in Italien oder Griechenland die Lage in diesem Jahr zuspitzen, müsste sie im Wahlkampf Farbe bekennen – oder sich dem Vorwurf einer möglichen Wahllüge aussetzen.

Die CDU ist nur noch Merkel

Der vierte Unterschied zu 2009 besteht darin, dass die CDU nur noch Merkel hat, auch wenn die Bundeskanzlerin enorm beliebt ist. In Niedersachsen verlor die CDU mit David McAllister einen ihrer letzten wirklich geliebten Politiker. Ansonsten bleiben der CDU »Spitzen«-Politiker wie Thomas Strobl, Armin Laschet oder Stanislaw Tillich. Bei diesen Namen wird selbst in der Union meist mit den Schultern gezuckt. Zudem drohen Altlasten, wie der Fall Mappus in Baden-Württemberg, das Wahlergebnis zu belasten. Die CDU hat seit etlichen Wahlen das Problem, ihre Stammwähler zu mobilisieren. Das Dilemma zeigt sich bei der Frage nach der steuerlichen Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften. Dies ist einer der seltenen Fälle, bei denen Merkel frühzeitig gegen die Gleichstellung eine klare Haltung eingenommen hat, um die schwindenden Stammwähler zu binden. Weil aber das Bundesverfassungsgericht gedroht hat, im Wahlkampf eine Entscheidung pro Gleichstellung zu fällen, wog Merkel kurzfristig machttaktisch ab, ob es nicht doch cleverer wäre, jetzt den Wandel einzuleiten, der sowieso nicht mehr aufzuhalten scheint – um so auch das Defizit der Union in den Großstädten anzugehen. Merkel will die Geschichte einer »bürgerlichen Moderne« weiter erzählen, sie stößt aber mittlerweile überall an Grenzen und kann gleichzeitig nur noch bedingt in großstädtisch-bürger-

liche Kreise eindringen. Und das ist der fünfte Unterschied zu 2009, als ihr beim Thema Familienpolitik genau das noch gelang.

Insgesamt wird der Wahlkampf für Merkel schwerer werden. Ihr bleibt allerdings ein entscheidender Vorteil: Sie kann darauf vertrauen, dass drei Viertel der Bevölkerung keiner Partei zutrauen, die großen Probleme in Deutschland zu lösen. Die CDU wird daher noch stärker als 2009 die Kanzlerin in den Mittelpunkt der Kampagne rücken. Die Strategie ist denkbar einfach: Merkel will die Union zur stärksten Partei machen; und sie will, dass keine Mehrheiten ohne die CDU möglich sind. Mit wem sie regiert, ist ihr letztlich egal. Auch deshalb wird die CDU ihr Wahlprogramm als letzte Partei verabschieden, um sich so lange wie möglich Optionen offen zu halten und um möglichst lange nicht über Inhalte sprechen zu müssen. Natürlich würde Merkel am liebsten allein einen präsidentialen Wahlkampf einer »leisen« Populistin führen. Denn sie weiß, dass ihre Beliebtheit darauf beruht, dass viele Bürger in den letzten Jahren den Eindruck hatten, dass Einzelinteressen und Lobbyismus regieren und nicht mehr die demokratisch legitimierte Politik. Oder noch schlimmer: dass Wirtschaft, Lobbyisten und Politik hinter den Kulissen um politische Inhalte und Einflussnahme klüngeln. Deshalb profitieren heute vor allem Politiker, die nicht mit den Parteien verbunden werden oder die sich davon distanzieren. Wenn es auch paradox klingt, die Entkernung der CDU oder das Zerlegen der schwarz-gelben Koalition stärkten Merkel persönlich. Sie – bzw. die Piratenpartei, würde diese sich nicht selbst zerlegen – profitiert vom schlechten Ansehen der Politik, weil sie als integer angesehen wird und sie sich als »Anti-Politikerin« inszeniert, und obwohl sie selbst für mehr Politikverdrossenheit sorgt, indem sie etwa die Möwenpicksteuer absetzte, Ackermann oder die Atom-Konzerne ins Kanzleramt einlud.

Merkel kann gleichzeitig im Wahlkampf 2013 nicht mehr schweigen wie 2009. Nach dem problembeladenen Start Steinbrücks hieß es zwar aus dem Kanzleramt, solange es reicht, werde Merkel immer eher die anti-polarisierende »Kanzlerin aller Deutschen« spielen. Trotzdem weiß sie, dass die präsidiale und personelle Strategie schief gehen kann, wie die Niederlage in Niedersachsen zeigte. Derart hält man sich alle Optionen offen.

Bestes Beispiel ist die Steuerpolitik. Die CSU drängt seit Monaten darauf, eine scharfe Kampagne gegen die »Steuererhöhungsparteien« SPD und Grüne zu forcieren. Merkel hat das in manchen Reden aufgegriffen – doch zunächst wird sie auch zu diesem Themenfeld eher schweigen, um zu verhindern, dass der Wahlkampf auf dem Feld »sozialstaatliche Umverteilung« ausgetragen wird; oder sie wird den Anti-Polarisierungswahlkampf auf das Steuer-Thema ausweiten und einen Spitzensteuersatz von 49 % bei Einkommen über 250.000 Euro fordern. Faktisch wird das kaum jemanden betreffen, aber, so die Hoffnung, es könnte Rot-Grün den Wind aus den Segeln nehmen.

Zugleich wird sich Merkel mit dem Thema »Wettbewerb« von SPD und Grünen abgrenzen. Die Geschichte lautet: »Deutschland muss sich im globalen Wettbewerb behaupten«, gegen die Übermacht der Chinesen und Inder. Mit Rot-Grün drohe dann durch Steuererhöhungen und Belastungen für die Wirtschaft der Abstieg Deutschlands und Europas. Ferner heißt es aus dem Kanzleramt, eine Zuspitzung bei den Themen Datenschutz und Netzpolitik sei immer im Bereich des Möglichen, um ggf. die Piraten stärken und hierdurch Rot-Grün verhindern zu können. Nicht minder bleibt das Thema Politische Führung in Europa und der Welt eine zentrale Erzählung. Das Thema »Steuerbetrug« will sie etwa beim G8-Treffen, das Thema »Schattenbanken« beim G20-Treffen im Sommer behandeln. Merkel wird sich als

»mächtigste Frau der Welt« im Kreise von lauter Männern inszenieren und so der SPD Polarisierungsthemen wegnehmen.

Merkels Achillesfersen

Ob diese Strategie gelingt, wenn die Wahlkampagne der SPD in Gang kommt, ist offen. Gerade auf dem Feld der sozialen Spaltung hat Merkel eine zentrale Achillesferse. Die Frage, wie das Auseinanderdriften der Gesellschaft weiter verhindert werden soll, bleibt bei ihr unbeantwortet. Sie reagiert zwar angesichts einer nach links gerückten Gesellschaft auf gesellschaftliche Forderungen, aber nur soweit, als dass ihre Macht nicht bedroht ist. Der Trend in den letzten Wahlen zeigt, dass die SPD das Vertrauen bei den Kompetenzen »Soziale Gerechtigkeit« und »Arbeitnehmerinteressen« zurückbekommt, während die CDU zunehmend dafür verantwortlich gemacht wird, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich öffnet.

Merkel hat eine Schwachstelle beim Thema »Demokratie«. Sie hat nichts gegen kritische Entwicklungen unternommen – im Gegenteil – sie sprach von »marktkonformer Demokratie«. Zwar kompensiert sie diesen Mangel durch ihr Image als »integre Persönlichkeit, die sich nicht bereichert«. Doch in Bezug auf Themen wie Bürgerbeteiligung und Begrenzung des Lobby-Einflusses hat Merkel nichts zu bieten.

Sollte schließlich der Wahlkampf eine Polarisierung erfahren, so könnte es ein Revival geben: Es könnte zum klassischen Wahlkampf »Wirtschaft, Arbeit und (konservative) Familie« auf Seiten der CDU und FDP versus »Arbeit, Gerechtigkeit und Fortschritt« auf Seiten von Rot-Grün kommen.

Welche Koalition am Ende das Rennen machen wird, ist zwar offen, aber der Wahlkampf wird noch spannender, spannender als viele es derzeit vermuten. ■